

Offener Brief an die Abgeordneten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag „Deine Stimme für Soziale Gerechtigkeit!“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sie sind letztes Jahr in Regierungsverantwortung gewählt worden, damit Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft wird und es zukünftig gerechter zugeht. Während bereits kurz nach dem Regierungswechsel wichtige Reformen im Interesse der Arbeitnehmer(innen) zügig umgesetzt wurden, ist der Politikwechsel für Erwerbslose und Sozialhilfeberechtigte bisher ausgeblieben. Das rot-grüne Sparpaket steht sogar im Widerspruch zum Leitbild Sozialer Gerechtigkeit und erinnert vielmehr an die gescheiterten Rezepte der abgewählten Regierung.

Sparpaket: Böse Überraschung!

Über ein Drittel der angestrebten Einsparungen geht zu Lasten des Sozialtats, davon der Löwenanteil auf Kosten der Erwerbslosen. Damit schürt gerade eine rot-grüne Regierung die Gefahr, daß der Ausgrenzung aus der Erwerbsarbeit auch noch der soziale Abstieg bis in die Armut folgt:

Mit der geplanten Bemessung der **Rentenbeiträge nach der ausgezahlten Arbeitslosenhilfe** drohen Langzeitarbeitslosen erhebliche Renteneinbußen. Wer langzeitarbeitslos ist, darf nicht im Alter auch noch mit einer gekürzten Rente bestraft werden!

Bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenhilfe von 1050 DM im Monat liegt auf der Hand, wie bitter die geplante **Abkoppelung der Arbeitslosenunterstützung von der Nettolohnentwicklung** zur Zeit wäre und wie dringend jede Mark Erhöhung zum Leben gebraucht wird.

Die **Streichung der originären Arbeitslosenhilfe** betrifft jährlich etwa 100.000 Personen. Die betroffenen Gruppen (BeamtenanwärterInnen, Wehr- und Zivildienstleistende, Jobber) dürfen nicht auf Sozialhilfe verwiesen werden, sondern müssen im Rahmen der Arbeitslosenversicherung abgesichert werden.

Unterzeichner(innen), Stand 11.10.1999:

Ulla Derwein (Mitglied des geschäftsführenden ÖTV-Hauptvorstandes); Friedhelm Hengsbach (Sankta Jesuita); Detlef Hensche (Vors. Der IG Medien); Karl Nothof (Bundesvorsitzender der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung); Horst Schmitthener (Mitglied des geschäftsführenden IG Metall-Vorstandes);

Ja, ich unterzeichne den offenen Brief. Ich überweise _____ DM um ggf. eine Veröffentlichung als Anzeige in der Frankfurter Rundschau zu ermöglichen bzw. zur Finanzierung der Kampagne „Sparpaket: Böse Überraschung!“. (BFG Bielefeld, BLZ 480101 11, Konto-Nr. 10118479 600, Stichwort „Sparpaket“)

Name	Funktion	Unterschrift

Die Bundesregierung rechtfertigt diese Kürzungen auch damit, „Anreize zur Aufnahme von Arbeit“ verstärken zu wollen. Dabei fehlen millionenfach Arbeitsplätze und nicht die Arbeitsbereitschaft von Millionen Erwerbslosen. Die Kürzungen erhöhen den materiellen Druck, jede Arbeit zu jeder Bedingung anzunehmen. Die Ausweitung des Niedriglohnssektors ist jedoch kein solidarischer Ausweg aus der Beschäftigungsmisere.

Es gibt Alternativen zum Sozialabbau!

Wer die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu seinem Hauptziel erklärt, muß alle Sparoperationen unterlassen, die über eine Schwächung der öffentlichen und privaten Nachfrage zu Lasten des Beschäftigungsniveaus gehen. Und vor allem: Wer sich der Sozialen Gerechtigkeit verpflichtet fühlt, muß das richtige Ziel der Haushaltskonsolidierung durch die Heranziehung der Besserverdienenden und Vermögenden bewerkstelligen. Es gilt, das Verfassungsgebot einer Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit endlich zu verwirklichen. Anstelle von Sozialabbau zu Lasten der ohnehin Benachteiligten müssen die staatlichen Einnahmen erhöht werden. Konkrete Instrumente dazu sind z.B. ein Verzicht auf die geplante Netto-Entlastung der Unternehmen, die Wiedereinführung der Vermögensteuer bzw. einer Vermögensabgabe oder die Erhöhung der Erbschaftsteuer.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Kürzungen gegen Erwerbslose müssen vom Tisch!

Setzen Sie sich persönlich aktiv für Korrekturen am Sparpaket ein. Wir appellieren: Stimmen Sie dem Sparpaket in der vorliegenden Form im Deutschen Bundestag nicht zu! Keine Stimme für Sozialabbau zu Lasten von Erwerbslosen, Sozialhilfeberechtigten und Rentnern!